

Rede zum Haushalt 2019 am 31. Januar 2019 im „Pfälzer Schloss“

Zunächst einmal etwas Positives: Der zur Abstimmung stehende Plan enthält erstmals einen Anhang „Investitionsanträge“ mit Einschätzung der Folgekosten. Das sorgt zu mindestens für mehr Kostenklarheit. Die FDP kann aber diesem Haushalt nicht zustimmen, weil er die wahre Lage der Stadt Groß-Umstadt nicht widerspiegelt. Der nur noch geringe Überschuss wird nur durch die Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen ermöglicht (S.41/42). Das bedeutet, dass 2019 die für Abschreibungen nötigen Aufwendungen zur Substanzerhaltung nicht verdient werden. Groß-Umstadt lebt also von seiner Substanz, kann also seine Investitionen nur über Kredite finanzieren (das erklärt den hohen Kreditbetrag von mehr als 18 Millionen in §2-HH-Satzung). Wie schon der Vertreter der KGST am 15.Oktober im Rathaus festgestellt hat: „Sie haben kein Einnahmen – sondern ein deutliches Ausgabenproblem“. Auf der Ausgabenseite sind die Investitionen zu betrachten und müssten auf den Prüfstand. Stattdessen wird mehr Personal eingestellt, damit mehr Geld selbst in Zeiten noch laufender Hochkonjunktur und exorbitanter Preisanstiege ausgegeben werden kann. Genauso gut kann man das Geld der Bürger zum Fenster rauswerfen. Ein anderer Weg würde über Rücklagenbildung und entsprechende Prioritätensetzung führen. Unser Antrag gehört deshalb eigentlich hierher, kann aber natürlich auch im Nachhinein gemacht, sollte aber in jedem Fall entschieden werden.

Zur Investitionsliste haben wir bereits im Vorfeld Einiges gesagt. Natürlich ist sie unverändert in den Haushalt aufgenommen worden. Das Pfälzer Schloss wird saniert, ohne dass ein Nutzungskonzept dazu vorliegt. Und die immensen Kosten für Wasserversorgung (S.54 ff) wären zu einem großen Teil überflüssig, wenn die Stadt dem Zweckverband Wasserwerk beigetreten wäre. Die Bürger werden die Kosten dieser falschen Politik zu spüren bekommen. In Zukunft sollten dann konsequenterweise auch die Kosten für Wasser und Abwasser des Schwimmbades von den Stadtwerken getragen werden. Der Zuschussbedarf „Schwimmbad“ würde dann – auf die Wassergebühren umgelegt - realistischer erscheinen. Schon jetzt regen wir eine entsprechende Überprüfung an, werden sie gegebenenfalls im nächsten Haushalt beantragen.

Die Auswirkungen des Senio-Desasters kommen wohl erst in Zukunft so richtig zum Vorschein und auf uns zu. Der BM hat in seiner Einbringungsrede bereits

auf zusätzliche Unwägbarkeiten hingewiesen, die aus den Landeszuwendungen resultieren. Und tatsächlich war ja bereits die erste Korrektur erforderlich, so dass auch die Beschlussvorlage entsprechend korrigiert werden muss.

Insgesamt scheinen die Zuwendungen des Landes zu optimistisch veranlagt, wenn man die Gesamtkonjunkturlage in Betracht zieht, auf die wir auch durch außenwirtschaftliche Zwänge zusteuern. Es sind Steuereinnahmen eingesetzt, die in den nächsten Wochen schon Makulatur sein können. Nicht auszudenken die Folgen, wenn ein beachtlicher Gewerbesteuerzahler dieser Stadt durch Verkauf wegbricht.

Die Umlagenforderungen des Landkreises müssten auch in unserem Haushalt überzeugend begründet werden, wie es der Kämmerer auf S.11 der HH-Vorlage deutlich herausgestellt hat. Bemühungen des Magistrates, dieses im Interesse der Stadt zu erreichen, sind nicht bekannt geworden. Das wäre aber umso dringender gewesen, weil die Stadt ja für die organisatorischen und bautechnischen Fehlleistungen umlagemäßig mit haftet, die da auf dem Hügel kostentreibend ablaufen.

Dass die Stadt personell übersetzt ist, haben wir bereits früher gerügt und der Vertreter der KGST hat es höflich-diplomatisch angedeutet. Städte vergleichbarer Größenordnung stehen wesentlich günstiger da und das Geld fehlt natürlich für die Zukunftsgestaltung unserer Stadt. In diesem Zusammenhang muss man auch auf die wachsenden Rückstellungen für Pensionen sehen.

Im Netzausbau und in der Digitalisierung kommen wir keinen Schritt voran, ebenso wenig wie in der Gasversorgung unserer Bürgerschaft. Dabei wäre gerade diese haushaltsmäßig relevant, denn gemäß Konzessionsvertrag, der noch bis 2025 läuft, wären daraus durchaus Einnahmen zu erzielen. Alle Investitionsansätze für die Nordspange sind rausgeschmissenes Geld, solange nicht garantiert ist, dass die DB diese Lösung mitträgt. Aber 2025 – also nach seiner Amtszeit - scheint für den BM eine magische Zahl. Das strahlt der HH wider und dafür kann es keine Zustimmung der FDP geben.

Die soziale Schieflage dieses Haushaltes werden wir an anderer Stelle behandeln.

Fritz Roth